Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 385. Abendblatt. Dienstag, den 21. August. 1866.

Deutschland.

□ **Berlin,** 20. August. Die Lage der Adreß-Angelegenheit ist eine solche, daß sie jeden Patrioten mit Schmerz erfüllen muß. Nachdem die Kommission, ohne sich dem Vorwurf der „affenähnlichen Geschwindigkeit" dabei irgendwie auszusetzen, endlich per majore einen dem Plenum vorzulegenden Entwurf zu Stande gebracht hat, ist der Stand der Parteien ein solcher, daß die Annahme einer Adresse — einer deutschen Angelegenheit im eminentesten Sinne des Wortes — allem Anscheine nach schließlich von den Polen abhängen wird. Auf der andern Seite hört man, daß Herr von Forkenbeck und Grabow sich bemühen, unter Beseitigung sämmtlicher bisherigen Entwurfe eine kurze und angemessene Antwort auf die Thronrede zu Stande zu bringen und derselben ohne viele Weiterungen die Stimmenmehrheit zu sichern. Möchte es noch in zwölfter Stunde gelingen, wenigstens mit dem zu enden, womit man selbstverständlicherweise hätte beginnen sollen. — In sonst unterrichteten Kreisen verlautet, daß der Friede mit Oesterreich gestern oder schon vorgestern zum Abschlusse gekommen sei. Ich füge aber ausdrücklich hinzu, daß authentische Nachrichten in dieser Beziehung nicht vorliegen. — In Betreff Oberhessens ist durch die hiesigen Friedensverhandlungen eine Entscheidung noch nicht getroffen. Von vorne herein muß die Insinuation zurückgewiesen werden, als habe eine einfache Abtretung jenes Landestheiles an Preußen zwar in der ursprünglichen Absicht gelegen, doch sei diese durch russischen Einfluß hintertrieben worden; vielmehr ist vom ersten Augenblicke an nur davon die Rede gewesen, daß Oberhessen gegen eine anderweitige Territorial-Entschädigung eventuell vom Großherzogthum getrennt werden sollte. Eine solche Entschädigung wurde nun zunächst in Rheinbaiern in Aussicht genommen, später aber ist die Absicht hervorgetreten, von Baiern unmittelbar für Preußen in Franken eine Territorial-Entschädigung zu erlangen, genügend groß, um auf den Erwerb Oberhessens verzichten zu können. In diesem Falle würde dann also das darmstädtische Territorium intakt bleiben, selbstverständlich aber würde der Großherzog für Oberhessen unter Leistung aller erforderlichen Garantien dem norddeutschen Bunde beizutreten haben. — Wenn sich einige Blätter darüber aufhalten, daß Graf Bismarck sich herbeilasse, mit einem Manne wie Hr. v. Dalwigk zu verhandeln, so ist zu bemerken, daß es lediglich Sache des Letztern ist, sich einer so großen Selbstverleugnung zu unterziehen, daß er sich jetzt auf einen seinem früheren schnurstracks entgegenstehenden Standpunkt stellt. — Graf Bismarck ist es nicht, der, um in jene Verhandlungen zu treten, sich erst mit sich selber in Widerspruch zu setzen braucht. — Es bestätigt sich, daß dem Polizei-Direktor Stieber höheren Orts eine wohlverdiente Auszeichnung zugedacht ist. Hr. Stieber hat nicht blos mit großer Umsicht und Thätigkeit die Polizei im Königlichen Hauptquartier geleitet, sondern mit eben so großem Geschick als aufopfernder Anstrengung in Böhmen und Mähren die bekanntermaßen gänzlich desorganisirte Verwaltung wieder hergestellt und in ersprießlichen Gang gebracht. — Die „Stettiner Ztg." hat sehr mit Recht die Abgeschmacktheit der „Oder-Ztg." gegeißelt, nach welcher Graf Bismarck die Herzensgedanken der Liberalen verwirklicht und durch diese Wendung zum Bessern auch die Volkspartei für sich gewonnen haben soll. Noch über die „Oder-Ztg." hinaus geht aber die „Berliner Reform". Nach ihr hat Graf Bismarck nur „halbes Werk" gethan, und Ganzes, Vollendetes wäre nur geleistet worden, wenn die Fortschrittspartei diesen Krieg zu führen gehabt hätte. Und wie das Werk der preußischen Regierung ein halbes sei, so sei es auch ein verwirrtes, und es werde daher „die Aufgabe unserer Volksvertretung sein, in diese noch verwirrten Verhältnisse Klarheit zu bringen." Der wirkliche Sachverhalt, nämlich die Stellung der Fortschrittspartei zu diesem von ihr in den Abgrund der Hölle verurtheilten Kriege, sowie ihre eben wieder in der Uebung begriffene Geschicktheit, auch in die allerklarsten Dinge Verworrenheit zu bringen — das Alles liegt so offen vor Jedermanns Augen, daß es in der That nicht lohnt, sich auf die Bekämpfung jenes baren Unverstandes weiter einzulassen. Doch die Quelle solcher Radotagen, wie die in Rede stehenden und anderer demokratischer Blätter, ist eigentlich weniger der Unverstand, als der grenzenlose und auch gradezu lächerliche Dünkel, der diese Leute hindert, die wirkliche Lage der Dinge richtig zu erkennen und sich unter die allerdings nicht sehr angenehme Wahrheit, welche jetzt durch die großen Ereignisse der letzten Monate mehr als handgreiflich zu Tage getreten ist, zu beugen. Ein wenig bescheidener, meine Herren, ein wenig bescheidener! oder die Ereignisse gehen Ihnen noch einmal über Ihre Köpfe weg. Vernünftige Leute unter den Liberalen erkennen das sehr wohl, und ich citire in dieser Beziehung hier die Worte eines Mannes, dem die Redakteure vieler Fortschrittsblätter noch lange nicht werth sind die Schuhe zu tragen. Treitschke sagt in seiner bekannten Schrift: „Die Zukunft der deutschen Mittelstaaten" unter Anderm wörtlich Folgendes: „Der deutsche Krieg ist begonnen worden ohne das Verdienst des Liberalismus. Diese Partei wird also nach allen Gesetzen historischer Logik in der nächsten Zukunft nicht zur Herrschaft gelangen; wir müssen zufrieden sein, wenn die konservative Regierung, welche uns bevorsteht, nicht in ein neues Partei-Regiment ausartet. Die Stellung, welche der Liberalismus zunächst behaupten wird, hängt ab von dem zu bewährenden Eifer, das nicht von ihm begonnene Werk der Einigung Deutschlands zu fördern." In der That, nur durch aufrichtige und energische Unterstützung der Regierung in diesem großen Werke kann der Liberalismus jetzt etwas Anerkennenswerthes leisten, — durch alte und neue Anmaßungen kann er sich nur lächerlich machen und ruiniren.

— Se. K. H. der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin wird morgen früh hier eintreffen und Abends nach Nürnberg weiter reisen.

— Der Minister des Königl. Hauses, Frhr. v. Schleinitz, hat sich auf kurze Zeit nach Thüringen begeben.

— Se. K. H. der Kronprinz kehrt dem Vernehmen nach heute Abend von Erdmannsdorf hierher zurück.

— Der Handelsminister Graf Itzenplitz ist am Sonnabend Abend nach Schlesien gereist, um der Eröffnung der neuen Bahnstrecke der Gebirgsbahn (Reibnitz-Hirschberg) beizuwohnen und die noch nicht vollendete Bahnstrecke dieser Bahn in Augenschein zu nehmen.

— Der frühere Königl. sächsische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Hohenthal, ist heute früh wieder eingetroffen.

— Die Nachricht eines braunschweiger Blattes, daß für den Kronprinzen von Hannover die künftige Regierung in Braunschweig vorbehalten sei, wird als grundlos bezeichnet.

— (N. Allg. Ztg.) Der Geheime Post-Rath Stephan, welcher wegen der, die Beseitigung des Taxisschen Postwesens bezweckenden Verhandlungen auf einige Tage hierher berufen war, hat sich wieder nach Frankfurt a. M. begeben. Uebrigens sind die Nachrichten, welche von einzelnen Zeitungen bisher über jene Angelegenheit gebracht worden sind, vollständig unrichtig. Es liegt in der Natur der Sache, daß in dem gegenwärtigen Stadium jener Verhandlungen irgend welche Mittheilungen darüber von den unterrichteten Stellen nicht an die Oeffentlichkeit gelangen.

— Den „Alt. Nachr." wird aus Nordschleswig berichtet, daß die Stimmung daselbst nichts weniger als erfreulicher Natur sei. Versammlungen der Dänen, wo die Agitatoren für Dänemark Reden halten, sind allenthalben. In Sonderburg, wo sich die dänische Partei besonders stark rührt, sollen schon einige 90 Einwohner von den Dänen proscribirt sein, die sobald ihre Herrschaft wieder da ist, auch sofort ausgetrieben werden sollen. So viel steht nach den Erfahrungen die gemacht sind, ziemlich fest, daß wenn eine Abstimmung im nördlichen Schleswig vorgenommen wird, die deutsche Partei und insbesondere die von der Gunst des Publikums abhängende, Geschäfte machende Partei sich der Abstimmung gänzlich enthalten wird, und dann ist das Resultat ja leicht vorherzusehen. Die weltbekannte Lust, mit der die Dänen gegen Deutschgesinnte Rache üben, ist nur zu bekannt, es können zu viele der Bewohner Schleswigs dafür Zeugniß ablegen. An Person und Eigenthum würden die Deutschen sich im Augenblick der Wiederübertragung an Dänemark gefährdet sehen, oder wenn dies nicht augenblicklich der Fall, so würde dnrch Entziehung der Kundschaft oder sonst allerlei Plackereien ihre Existenz langsam, aber sicher, untergraben werden, die Dänen sind groß in dieser Beziehung. Gegen solchen Akt der Rache würde keine Macht der Welt die deutschen Bewohner des etwa wieder durch Abstimmung an Dänemark kommenden Landes schützen können. Dagegen können die Dänen gern Alles riskiren; bleiben sie nach einer Abstimmung bei Schleswig-Holstein, so wird es keinem Deutschen einfallen, es dieselben fühlen zu lassen; die deutsche Langmuth ist ihnen hinlänglich bekannt.

— Die preußische Maßregel der Amortisation der nach England geschafften hannoverschen Landes-Obligationen findet in Hannover ungetheilten Beifall, um so mehr, als bei gegenwärtiger Sachlage dem Lande jede Einwirkung auf die bedeutenden Summen genommen ist, deren Verwendung allein von dem Ermessen des Königs und seiner Rathgeber abhängen würde. Von den 42 Millionen Schulden des Landes waren 14 Millionen durch diese Obligationen in den Händen des Ablösungsfonds, der also den Passiven des Staats gegenüber sehr werthvolle Activen enthielt und dessen Zinsen zu 655,000 Thlr. jährlich eine erhebliche Position im Einnahme-Budget bildeten.

— Der Kurfürst von Hessen hat an seinem gestrigen Geburtstage seinen Flügel-Adjutanten, Major v. Eschwegen, in außerordentlicher Mission von Stettin nach Berlin entsendet. (B.B.-Z.)

— Die Konservativen und Altliberalen, ein Theil des linken Centrums sowie der Fortschrittspartei, werden voraussichtlich gegen den Passus des Adreßentwurfes der Kommission über die Reichsverfassung stimmen — größtentheils aus Gründen der Opportunität und politischer Zweckmäßigkeit.

— Die Annahme der Annexionsvorlage unterliegt keinem Zweifel. Von einigen Seiten soll im Hause ein Amendement beabsichtigt sein, gerichtet auf die sofortige vollständige Einverleibung auf Grund des Artikels 2 der Verfassung vorbehaltlich der Regelung der Verfassungs-Frage in den einzelnen annektirten Ländern, doch werde die Nothwendigkeit schleuniger legislativer Erledigung der Angelegenheit in beiden Kammern von keiner Seite verkannt.

— Von dem Abgeordneten Heise und 40 Mitgliedern der konservativen Partei ist folgender Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle folgende Abänderung seiner Geschäftsordnung beschließen: 1) An Stelle des § 18 Alinea 1 „die Kommissionen werden entweder im Allgemeinen oder fachweise (§. 19) oder für einzelne Gesetzes-Vorlagen oder Anträge nach dem vom Hause gefaßten Beschluß, und zwar der Regel und insofern von dem Hause nicht eine größere Anzahl von Mitgiedern beschlossen wird, ans je 14 von den Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern zusammengesetzt". 2) An Stelle des §. 20 Alinea 1 und 2. „Zur Behandlung der bei dem Hause eingehenden Petitionen, insofern solche nicht vor eine der allgemeinen oder speziellen Kommissionen gehören, wird vom Präsidenten eine eigene Kommission von 28 Mitgliedern ernannt." „Jedes Mitglied der Petitions-Kommission kann nach achtwöchentlicher Amtsführung seinen Ersatz durch anderweite Ernennung Seitens des Präsidenten in Anspruch nehmen." 3) An Stelle des §. 20 Alinea 5. „In gleicher Weise werden von den Fachkommissionen oder den für besondere Vorlagen ernannten Kommissionen die ihnen zugewiesenen Petitionen [behandelt." 4) An Stelle des §. 21 Alinea 1. „Die Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats (§. 19, Nr. 9) wird aus 35 Mitgliedern gebildet." 5) An Stelle des §. 67, Alinea 2 „beschließt das Haus, die Vorberathung des Entwurfs einer Kommission zu übertragen, so wird diese aus dem Präsidenten — bei dessen Verhinderung dem Vice-Präsidenten — des Hauses als Vorsitzenden und 21 von dem Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern gebildet." Motiv: Die Erzielung einer sachgemäßen, gleichzeitig die Parteistellungen des Hauses angemessen berücksichtigenden Zusammensetzung der Kommissionen.

— Die HH. Michaelis, Roepell, Twesten und Krieger (Berlin) haben, wie die „O. K.-C." meldet, unter dem 18. d. Mts. dem Vorstande der Fraktion der Fortschrittpartei angezeigt, daß sie aus der gegenwärtigen Fraktion ausscheiden, sich nach wie vor zu der entschieden liberalen Partei zählen, gerne bereit seien, sich bei den gemeinsamen Sitzungen der liberalen Fraktionen zu betheiligen und das Ihrige thun würden, um ein freundschaftliches Verhältniß zu der Fraktion der Fortschrittspartei aufrecht zu erhalten. — Hr. v. Unruh hat eine gleichartige Mittheilung unter demselben Datum an den Vorstand der Fraktion gelangen lassen. Die genannten Herren nehmen einstweilen eine völlig freie Stellung außerhalb aller Fraktionsverände des Hauses ein.

— Gestern Vormittag 10 Uhr fand die erste Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes Statt. Die Staatsregierung wurde vertreten durch den Geheimen Legationsrath Hepke und den Abgeordneten Grafen zu Eulenburg, Hülfsarbeiter im Ministerium des Innern; später erschien auch der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg. Der Referent, Abg. Twesten, richtete an die Vertreter der Regierung die Frage nach dem Zweck des Parlamentes, seiner Kompetenz und nach dem Umfang des Bundes, des Territoriums, auf welches das Wahlgesetz Anwendung finden solle. Die erstere Frage nach der Kompetenz beantwortete der Regierungs-Kommissar Hepke dahin, daß die preußische Regierung mit den Regierungen, die den Bund bilden, eine darauf bezügliche Vorlage vereinbaren würde, die durch einen Staatsvertrag festgestellt werden solle. Mit einigen Regierungen, wie z. B. denen der thüringischen Staaten, seien die Verhandlungen so weit gediehen, daß die Zusage zum Eintritt in den Bund erfolgt sei; mit anderen, wie mit den beiden Mecklenburg und Oldenburg, werde noch darüber verhandelt; mit Sachsen, Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie könne erst später verhandelt werden, da sie sich zur Zeit noch im Kriegszustande mit Preußen befinden. Hieraus ergebe sich gleichzeitig der Umfang des Bundes. Auf die Frage eines altpreußischen Mitgliedes, ob ganz Preußen, auch diejenigen Landestheile, die nicht zum ehemaligen deutschen Bunde gehörten, in dem neuen Reichstage vertreten sein sollen, erwiderte der Regierungs-Kommissar Gr. zu Eulenburg, daß §. 1 der Vorlage (jeder Preuße ist Wähler und wählbar) diese Frage bejahe. — Der Abg. Löwe (Calbe) wirft die Frage auf, ob das Wahlgesetz in der Gestalt, wie es von den gesetzgebenden Faktoren in und für Preußen angenommen werden wird, auch bei den in dasselbe einzuverleibenden Staaten sofortige Geltung haben soll oder ob die preußische Regierung es erst mit den Ständen jener Staaten vereinbaren wolle, und ob sie in dem letzteren Falle z. B. in Hannover, mit den noch vorhandenen, nicht zu Recht bestehenden Ständen oder mit den noch immer zu Recht bestehenden vom Jahre 1849 verhandeln werde. Der Vertreter der Regierung war nicht in der Lage, auf diese Frage mit Bestimmtheit zu antworten, fügte aber hinzu, daß voraussichtlich das Wahlgesetz mit jenen Ständen nicht erst berathen, sondern, sobald es in Preußen perfekt geworden, in derselben Gestalt auch in jenen Staaten zur Anwendung kommen werde. Auf die weitere Frage des Abg. Löwe, ob die Regierung in Betreff des Königreichs Sachsen erst das Zustandekommen des Friedens mit diesem Königreich abwarten oder schon durch die preußische Civilverwaltung die Wahlen vornehmen wolle, erwiderte der Vertreter der Regierung, daß sie die sofortige Vornahme der Wahl ohne Rücksicht auf den Friedensschluß eventuell beabsichtige. Derselbe Abgeordnete fragt, ob die Erklärung der Regierung am Bundestage bei Gelegenheit der Vorlage des Reformprojektes, daß dasselbe für alle deutschen Bundesstaaten mit Ausnahme der zum Bunde gehörigen Provinzen Oesterreichs und der Niederlande berechnet sei, sich auch noch auf Luxemburg beziehe. Regierungs-Kommissar Hepke erwidert darauf, daß jene Erklärung sich zunächst auf Limburg beziehe, daß in Bezug auf Luxemburg zur Zeit noch Verhandlungen schweben, daß jedoch der Beitritt Luxemburgs zu dem neuen Bunde noch nicht in Aussicht zu stellen sei. Die gestellten Fragen regten eine Diskussion zunächst über das Verhältniß zu den einzuverleibenden Staaten und ihren Ständen an. Referent Twesten, wie der Vorsitzende der Kommission, Abg. Simson, die Abgg. Lette, v. Carlowitz und Frech, sprachen sich in Uebereinstimmung mit der Erklärung des Herrn Regierungskommissars dahin aus, daß mit der Eroberung jener Staaten nicht nur die Fürsten beseitigt, sondern auch die bisher bestehenden Verfassungen derselben aufgehoben seien; gegen diese Verwirkungstheorie, welche jure belli diese Staaten bis zur gänzlichen Inkorporation in Preußen als verfassungslos hinstellt und ihnen das Reichswahlgesetz einfach oktroyirt, erklärten sich die Abgg. Löwe, Reichensperger und Groote. Von dem Abg. Groote wird folgender Antrag eingebracht: Das Abgeordnetenhaus wolle gegen die Staats-Regierung die sichere Erwartung aussprechen, daß dieselbe alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden werde, um den bezweckten norddeutschen Bund zu einem Bund aller deutschen Staaten zu erweitern. Der Abgeordnete Reichensperger beantragt eine Aenderung der Ueberschrift des Gesetzes mit Bezug auf die nicht annektirten Staaten. Endlich wird noch die

Frage aufgeworfen, ob nicht ein Mißverhältniß daraus entstehe, wenn das preußische Abgeordnetenhaus mit Einschluß der 80 Vertreter der einzuverleibenden Staaten 432 Mitglieder zähle und der Reichstag des norddeutschen Bundes der Zahl nach die schwächere Versammlung sei; das Reichswahlgesetz von 1849 habe das Gebiet sämmtlicher deutscher Staaten in Aussicht genommen, während es jetzt nur auf das Gebiet nördlich vom Main Anwendung finden solle. — Der Vertreter der Regierung verhieß, darüber in einer späteren Sitzang Auskunft zu ertheilen. Die Generaldiskussion wird damit geschlossen und die Sitzung gegen 2 Uhr aufgehoben. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

— Die X. Kommission des Herrenhauses hat heute Vormittag über den Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus uud Frankfurts dahin Beschluß gefaßt: dem Hause die unveränderte Annahme des Gesetzenwurfs zu empfehlen.

— Der „Weser Zeitung" wird berichtet, daß Herr v. Roggenbach wiederholte Unterredungen mit dem Könige gehabt und einen sehr günstigen Eindruck gemacht habe, so daß sein Eintritt in den preußischen Staatsdienst zu erwarten stehe. Man glaube, daß ihm ein Gesandtschaftsposten an einem größeren Hofe zugetheilt werden würde. Wahrscheinlicher ist indessen wohl, daß Herr von Roggerbach das Amt ertheilt wird, welches ihm früher Graf Bismarck zugedacht hatte: die Vertretung Preußens im Deutschen Parlament. (B. B.-Z.

— Die neue Synagoge in der Oranienburger Straße wird am 5. September feierlich eingeweiht. Eine Deputation, bestehend aus dem Kommercienrath Philipp Liebermann uud dem Stadtrath Meyer-Magnus, hat gestern Se. Majestät den König und die hier anweseuden Mitglieder der Königlichen Familie zu dieser Feier eingeladen.

In **Elbing** ist am 16. d. M., dem „Elb. Anz." zufolge, ein mit Heu und Stroh gefüllter Proviantspeicher bis auf das Fundament abgebrannt. Der Brandstiftung verdächtig und auch bereits gefänglich eingezogen ist ein im Alter vorgerückter Buchbinderlehrling und zwar soll er das Feuer aus Rache dafür, daß man ihn nicht zum Militär genommen, angelegt haben.

Bremen, 17. August. Eine von Senat und Bürgerschaft wegen der Parlamentswahl niedergesetzte Deputation hat bereits Bericht erstattet und einen Gesetzentwurf vorgelegt. Derselbe schließt sich so streng den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes an, daß sogar alle hier Wohnenden Deutsche, also auch die denjenigen Staaten, welche dem neuen Bunde nicht beigetreten sind, angehörenden, zur Wahl zugelassen und wählbar erklärt werden, indem die Deputation in letzterer Beziehung eine Ausnahme zu machen für praktisch unerheblich erachtet.

Tondern, 17. August. Die auf den 15. d. M. beabsichtigt gewesene Zusammenkunft dänisch gesinnter Männer aus Nordschleswig in Hamburg zur Berathung und Absendung einer Adresse an den Grafen v. Bismarck für Feststellung der Grenzlinie Flensburg-Tondern-Hoyer ist, den „Hamb. Nachr." zufolge, darum ohne Erfolg geblieben, weil die Vertrauensmänner aus Flensburg sich nicht eingestellt haben.

Dresden, 19. August. Seit dem Tage, wo Kriegszustand und Standrecht proklamirt wurden, hat hier keine solche Aufregung und Bestürzung geherrscht, als heute nach dem Erscheinen des Extrablattes des „Dresdener Journals", nach welchem der König von Sachsen die von dem Staatsminister von Beust erbetene Entlassung bewilligt hat. Die Stimmung ist hier derartig, als wenn mit dem Sturze dieses Mannes tausende von Existenzen zerknickt wären. Ich übertreibe nicht, wenn ich ihnen sage, daß selbst die Kolporteure der Extrablätter zitternd auf die Wichtigkeit der durch sie heute veröffentlichten Nachricht hinweisen. Wenn man allerdings bedenkt, welche Rolle Herr v. Beust seit beinah zwanzig Jahren gespielt hat, wie in ihm das kleinstaatliche Diplomatenthum sich zu den möglichsten Aktionen zusammenraffte, wie die Wünsche und Hoffnungen des reinsten partikularistischen Strebens in ihm den rührigsten Repräsentanten gefunden haben, so wird es allerdings begreiflich, das den Dresdnern zu Muthe ist, als wenn die Seele aus dem Staatskörper gewichen wäre. Daran, daß ein System die Person überdauern kann, denkt Niemand. So identisch gilt hier die Person Beust und die Idee, die er sein Leben lang vertreten hat. Als die Nachricht von Königgrätz hierher gelangt, wurde die Aufregung tagelang hindurch durch den Zweifel an der Wahrheit gemildert, und als das Faktum sich nicht mehr wegleugnen ließ, hielt die Hoffnung auf glücklichere Schlachten die Gemüther aufrecht. Aber die Niederlage, die heute das „Dr. J." meldet, ist trost- und hoffnungslos.

Wiesbaden, 17. August. Nach einem soeben hier eingetroffenen Schreiben eines nassauischen Soldaten wird die nassauische Brigade in der Gegend von Ulm eintreffen und dort wahrscheinlich vor der Hand Halt machen.

Sigmaringen, 13. August. Gestern Abend 8 Uhr fand die Trauer- und Beisetzungs-Feierlichkeit des Prinzen Anton zu Hohenzollern statt, nachdem die Leiche von Königinhof durch Baden hierher gebracht, von der Landesgrenze an nach kirchlichem Gebrauch durch die verschiedenen Gemeinden geleitet, am Eingange der Stadt von der Geistlichkeit mit Kreuz und Fahne, dem Magistrat und den Fürstlichen Beamten empfangen und bis zur Beisetzung in der Schloßkapelle niedergelegt worden war. Der Beisetzungsakt geschah in der Fürstlichen Familiengruft in Hedingen in der herkömmlichen, durch das Programm festgestellten Weise. Heute früh 8 ein halb Uhr fand in der Stadtpfarrkirche der Trauergottesdienst mit Vigilien, Leichenrede und Traueramt statt.

München, 17. August. Gestern Abend ist ein Bataillon des 1. Infanterie-Regiments wieder hier eingetroffen (die erste zurückkehrende Abtheilung der hiesigen Garnison) und im Laufe des heutigen Tages zwei weitere Infanterie-Bataillone wieder hier eingerückt.

Wien, 16. August. Fast täglich finden jetzt Ministerkonferenzen statt, welche die innere Lage des Reiches zum Gegenstande ha en, ohne daß man jedoch bis jetzt zu irgend einem bestimmten Entschlusse gelangt wäre. Es ist dies begreiflich, da in den oberen Regionen eine schwer zu beschreibende Verwirrung herrscht. Von einer Einigkeit ist keine Spur zu finden. Die heterogensten Einflüsse bekämpfen sich leidenschaftlich und Niemand weiß, wie dies Alles enden soll. Mit um so größerer Spannung sieht man dem Kaiserlichen Manifeste entgegen, welches unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedens zur Veröffentlichung gelangen und die Grundzüge der neuen Organisation des Kaiserstaates enthalten soll. Daß bei dieser Gelegenheit ein Ministerwechsel eintreten wird, ist gewiß. Graf Mensdorff scheidet jedenfalls aus. Seitdem Venetien abgetreten wurde, ohne ihn um seine Meinung zu fragen, will er von seiner dermaligen Stellung nichts mehr wissen. Baron Hübner soll Polizeiminister werden. Larisch und Wüllerstorff wollen ebenfalls zurücktreten; ebenso ist es trotz aller offiziösen Dementis sicher, daß der ungarische Hofkanzler Herr v. Majlath den Wunsch ausgesprochen hat, sich zurückzuziehen. Fürst Metternich hat die Bitte, von Paris abberufen zu werden, erneuert. — Die Reorganisation der Armee wird unverzüglich in Angriff genommen. Zu diesem Ende ist unter dem Vorsitze des Erzherzogs Albrecht eine Kommission zusammengesetzt worden, welche aus dem Erzherzoge Wilhelm und den Generalen Hauslab, Degenfeld, Heß und John besteht. Speziell der letzte ist mit der Reorganisation des Generalstabes betraut worden, der sich in dem Feldzuge gegen Preußen die ärgsten Blößen gegeben hat. Erzherzog Albrecht trifft heute aus Italien hier ein und wird, da der Abschluß des definitiven Friedens wohl binnen Kurzem erfolgt, nicht mehr nach Görz zurückkehren.

Aus Mähren, 15. August. Die Cholera hat vor wenigen Tagen ein neues Opfer gefordert, indem am 9. d. Mts., Abends, der mit der Führung der 2. schweren Kavallerie-Brigade beauftragte General-Major Herr Wolf von Pfuel derselben unterlag. Von dem Sterbehause im Kantonnement Groß-Hof, 3 Meilen südlich von Brünn, wurde die Leiche nach dem eine halbe Meile entfernten Pöhrlitz am 10. früh mit militärischen Ehren vorläufig zur Ruhe bestattet. Der Oberst v. Hontheim kommandirte die Leichenparade, bestehend aus einer kombinirten Eskadron des Brandenburgischen und Magdeburgischen Kürassier-Regiments und 3 Geschützen der 1. reitenden Garde-Batterie, welche Truppentheile der Brigade angehörten, die der verstorbene General während des Feldzuges geführt hatte, während die Offiziere dem mit Laub und Guirlanden verzierten Leichenwagen zu Pferde folgten. Da kein Militärprediger in der Nähe, so hielt ein hiesiger protestantischer Pfarrer an dem offenen Grabe eine eben so würdige als ergreifende und den Verhältnissen angemessene Rede, während die Geschütze ihren letzten Scheidegruß über das Grab sandten. Da der General sich bei eintretender Demobilmachung zu vermählen gedacht hatte, so wird dieser nach beendetem Kriege um so mehr unerwartete Todesfall viele Familien mit Trauer erfüllen; doch Gottes Wege sind nicht unsere Wege! —

Brünn, 14. August. Einem Feldbriefe vom 12. d. aus der auf dem Rückmarsch befindlichen Elb-Armee, von einem Mitgliede des 65. Regiments entnimmt die „K. Z." zur Beruhigung übertriebener Befürchtungen: „Gegenwärtig ziehen wir uns zurück. Die Quartiere sind jetzt recht gut, die Cholera hat gänzlich nachgelassen; Essen und Trinken schmeckt uns Allen, namentlich da wir regelmäßig zu leben im Stande sind.

Prag, 18. August. Aus Anlaß des heutigen Geburtsfestes Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich fand heute Vormittag hier ein feierlicher Meßgottesdienst statt, an welchem auch die Führer der preußischen Besatzung sich betheiligten. Nach dem Gottesdienste wurde eine Parade der Bürgerwehr abgehalten, welche auf Wunsch des Kommandanten derselben der General Vogel v. Falckenstein abnahm. Derselbe wurde von dem zahlreich versammelten Volke mit vielen Hochs empfangen.

Ausland.

Paris, 18. August. (N. Pr. Z.) Das Publikum steht noch ganz unter dem Eindrucke der gräßlichen Ereignisse auf der Eintrachtsbrücke. Täglich erfährt man neue Opfer. Gestern wurden drei Leichen in der Seine gefunden. Mehrere Personen nämlich, welche auf die Mauern der Brücke gesprungen waren, um nicht erstickt zu werden, sind in den Fluß gefallen. In die Morgue (Leichenhaus) waren im Ganzen zwölf Leichen gebracht worden. Die Verwundungen sollen schrecklich sein; bei vielen der Verwundeten ist keine Spur von Gesichtszügen zu erkennen — was nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß sie eine Stunde lang unter die Füße der vom Schrecken wahnsinnigen Masse getreten worden waren. Ich kenne Leute, die sich zwar glücklich durchgeschlagen haben, aber fast nackend aus dem Gewühl kamen. Eine ganze Masse von Hüten, Schuhen, Rockfetzen u. dergl. wurde nach der „Schlacht" aufgelesen — ich sage Schlacht, denn Jeder schlug wie rasend um sich, um sich Luft zu machen. Eine Diebesbande hatte übrigens dabei auch wieder die Hand im Spiel. In der Nacht zog eine Bande von Gamins, von denen einer eine aufgeraffte Krinoline als Fahne trug, singend und jubelnd über die Boulevards. Wie immer in solchen Fällen, wird die Polizei beschuldigt. Möglich, daß verkehrte Maßregeln angeordnet worden waren, aber die an Ort und Stelle befindlichen Agenten und Munizipalgarden haben ihre Pflicht gethan.

In **Rom** ist der Peterspfennig so überaus spärlich in letzter Zeit eingelaufen, daß man im Vatikan auf außerordentliche Schritte sinnt, um die Opferlust der Gläubigen zu entflammen. Unter Anderen wird eine neue sehr hitzige Encyklika vorbereitet.

Pommern.

Stettin, 21. August. In der zur Zeit unbenutzten Stadtwohnung des Kaufmanns Theod. Hellm. Schröder, kl. Domstraße 3, werden die Stuben nicht, sondern nur die Corridor-Thür verschlossen. Am Sonntag Nachmittags gegen 6 Uhr wollten zwei Dienstmädcheu des ꝛc. Schröder etwas aus der Wohnung holen, fanden aber die Corridorthür offen, eine Scheibe in derselben zerschlagen, die Thüren der Stuben, sowie verschiedener Spinde, zu denen die Schlüssel in einer Hinterstube gelegen, weit geöffnet und eine Menge Silberzeug und Kleidungsstücke entwendet. Auf einem Tische stand eine geleerte Weinflasche und 2 dgl. Selterserflaschen, in einer Waschschüssel befanden sich menschliche Exkremente. Es ist schon gestern gelungen, den frechen Dieb in der Person des vielfach bestraften ehemaligen Lohndieners Rausch zu ermitteln, welcher die Sachen in einem großen Korbe durch den Arbeiter Voigt zunächst zu einem Schankwirth in der Frauenstraße hatte tragen lassen, dann aber nach Dunkelwerden per Droschke zu einem Handelsmann gebracht und diesem dieselben für 77 Thlr. zum Verkauf angeboten hat. Hier sind sämmtliche Gegenstände, im Werthe von etwa 300 Thlr., in Beschlag genommen. Der Dieb Rausch, sowie der Hehler Voigt sind verhaftet.

— Vor mehreren Tagen schloß sich am Dampfschiffsbollwerk an den aus der Schule zu seinem elterlichen Hause in Grabow gehenden 6jährigen Sohn des Fleischermeisters K. ein unbekannter etwa 16jähriger Mensch an, überredete das Kind mit ihm bei der Krisenschen Tabagie vorbeizugehen und veranlaßte dasselbe in dies Haus einen Brief zu tragen und ihm inzwischen seine Schulmappe in Verwahrung zu lassen. Als der Knabe wieder herauskam war der bisherige Begleiter verschwunden, die Schultasche lag zwar vor dem Krisenschen Hause, allein aus derselben war ein Pfund Kaffee gestohlen. Der Straßendieb ist bisher noch nicht ermittelt.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 1. Pol.-Rev. erkrankt 1, im 2. P.-R. erkr. 1, gestorben 1, im 3. P.-R. resp. 4 und 3, im 5. P.-R. 2 und 2: zusammen vom Civil erkrankt 8, gestorben 6; vom Miltair erkrankt 1.

— In Betreff der Personal-Veränderungen in der Armee theilen wir mit, daß die genannten Herren zu Seconde-Lieutenants befördert sind, was durch ein Versehen in der heutigen Morgen-Zeitung ausgelassen war.

Stralsund, 20. August. Am Sonnabend Mittag 12 Uhr ging das hier auf der Werft des Herrn Schiffsbaumeister Mohr neu erbaute Barkschiff „Unkel Braesig", unter Führung des Kapitäns Eggers, nach Stettin ab, um daselbst seine erste Ladung einzunehmen.

In Wolgast, auf dessen Rhede dasselbe gegen Abend vor Anker ging, erregte dieses prächtige, stattliche Fahrzeug die allgemeine Bewunderung und Aufmerksamkeit der Bewohner, die man noch bis spät Abends nach dem Bollwerke strömen sah, um sich an dem Anblicke desselben zu erfreuen.

Wünschen wir diesem Schiffe, welches schon durch seinen klassischen Namen von vornherein die Sympathien eines jeden Stralsnnders für sich haben muß, daß es ihm gelingen möge, gleich seinem würdigen Taufpathen, welcher es so vorzüglich verstanden hat, die Klippen und Untiefen der Orthographie und Rhetorik des Hochdeutschen zu vermeiden, auch die vielfachen Gefahren, denen es entgegen geht, zu überwinden. (Stralf. Z.)

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 20. August, Abends. (Priv.-Dep. d. B. B.-Z.) Der „Börsenhalle" wird aus Hannover geschrieben, daß der König von Hannover sich geneigt erklärt habe, zu Gunsten seines Sohnes, der das preußische Bündniß wolle, zu abdiciren; die Antwort des Grafen Bismarck aber soll gewesen sein, daß dies Anerbieten jetzt zu spät komme.

Paris, 20. August. Nach Berichten aus München sollen sich die preußischerseits von Baiern geforderten Abtretungen auf die Territorien von Lichtenfels und Kulmbach beschränken. Der Friedensschluß steht nahe bevor.

Paris, 20. August, Abends. Hier eingetroffene Nachrichten aus München melden, daß Preußen darauf verzichtet habe, das auf dem linken Mainufer belegene hessendarmstädtische Territorium zu annektiren; dasselbe soll nur zum norddeutschen Bunde gehören. (Die Depesche ist etwas unklar, Oberhessen liegt bekanntlich auf dem rechten Mainufer. D. Red.)

Kopenhagen, 20. August. „Tidende Berlingske" meldet, daß die Abreise der Prinzeß Dagmar auf Ende September festgesetzt worden sei. Die Vermählung wird Ende November in Petersburg stattfinden.

Viehmärkte.

Berlin, 20. August.. An Schlachtvieh wurden auf hiesigem Viehmarkte zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1400 Stück. Export-Geschäfte waren nur sehr schwach über Hamburg nach England. Für beste Qualität stellten sich die Preise 16—17 ℛ, mittel 12—14 ℛ, ordinäre 8—10 ℛ pro 100 Pfd. Fleischgewicht.

An Schweinen 2568 Stück. Das heutige Geschäft stellte sich dem der vorigen Woche fast gleich, denn beste feine Kernwaare, welche vorzugsweise gesucht wurde, konnte nur den höchsten Preis von 17 ℛ erzielen. Export-Geschäfte waren nur sehr schwach vertreten.

An Schafvieh 20,340 Stück. Die Zutriften waren auch in dieser Woche ungewöhnlich stark, dazu kommt noch, daß mehr Engros-Käufer den Markt nicht besuchten, selbst für schwere und fette Hammel stellten sich die Preise etwas gedrückter, Mittelwaare konnte selbst zu niedrigen Preisen nicht aufgeräumt werden.

An Kälbern 637 Stück, welche anhaltend bei lebhaftem Verkehr zu hohen Preisen verkauft wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 20. August, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Memel Packet (SD), Wendt von Memel. Wind: NO. Strom ausgehend. Revier 15 5/12 F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. August. Witterung: schön. Temperatur: + 16° R. Barometer 28" 2'". Wind: S.

An der Börse.

Weizen weichend, loco pr. 85pfd. gelber 65—71 ℛ bez., mit Auswuchs 56—63 ℛ bez., schlesiche Ladungen loco 68 ℛ bez., 83—85pfd. gelber August 70½, ¼ ℛ bez. u. Br., September-Oktober 69½, ¼ ℛ bez., 69 Br., Oktober-November 68 ℛ Br., Frühjahr 68 ℛ bez., Br. u. Gd.

Roggen matt und niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 44—45 ℛ bezahlt, August-September und September-Oktober 44¾, 44½, ¼ ℛ bez., Oktober-November 44¼ ℛ Br., Frühj. 45, 44½ ℛ bez.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Winterrübsen loco 78—81 ℛ bez., September-Oktober 83 ℛ Br., 82½ ℛ bez.

Rüböl wenig verändert, loco 12 ℛ bez.. 12¼ ℛ Br., September-Oktober 12 ℛ bez. u. Br., Oktober-November 12 ℛ Br., November-Dezember 12 1/12 ℛ bez. u. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 14½ ℛ bez., August-September und September-Oktober 13 5/6, ¾ ℛ bez. u. Br., Oktober-November 13¾ ℛ Br., Frühjahr 14 5/12 ℛ Br.

Angemeldet: 50 Wspl. Weizen, 10,000 Ort. Spiritus.

Hamburg, 20. August. Getreidemarkt flau, ruhig, auf Termine nominell. Weizen pr. August-September 5400 Pfd. netto 117 Bankothaler Br. u. Gd., pr. Septbr.-Oktober 118 Br., 117 Gd. Roggen pr. August-September 5000 Pfd. Brutto 74 Br. u. Gd., pr. September-Oktober 74½ Br., 74 Gd. Oel pr. August 26, pr. Oktober 26¼. Kaffee ruhig. Zink 13⅜ Mark gefordert. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 20. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen loco lebhafter, pr. Oktober 170. Raps pr. Oktoer 70½. Rüböl pr. Oktober 40½.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.